

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Gerd Mannes

Abg. Franc Dierl

Abg. Mia Goller

Abg. Marina Jakob

Abg. Martin Huber

Abg. Ruth Müller

Abg. Josef Lausch

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)**

**zur Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes (Drs. 19/8538)**

**- Zweite Lesung -**

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Abgeordnete Gerd Mannes für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Gerd Mannes (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Bayerische Staatsregierung hängt zu viel mit links-grünen Umweltorganisationen zusammen. Mit "Rettet die Bienen!" ist eine 30-Prozent-Öko-Regelung in das Naturschutzgesetz geschrieben worden. Das ist völlig weltfremd und sollte restlos entsorgt werden. – Frau Kaniber, ich rede gerade über die Landwirtschaft. Vielleicht hören Sie zu.

Die CSU hat die Interessen der Landwirtschaft schlicht verraten, oder anders gesagt: Der Ministerpräsident Söder hat zu viele Bäume umarmt. Die AfD will und wird mit diesem Irrsinn Schluss machen.

(Beifall bei der AfD)

Diese Öko-Quote ist kein realistisches Ziel, sondern eine weltfremde Wunschvorstellung. Politik darf sich eben nicht an unrealistische Ziele klammern. Sie muss realistisch zum Wohle des Volkes gemacht werden.

Zu den Fakten der Landwirtschaft: Der Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen in Bayern beträgt 13 %. Das Ziel der Staatsregierung, bis 2030 auf 30 % zu kommen, ist völlig unrealistisch. Das müsste sich ja in fünf Jahren verdoppeln! Dafür gibt es keine Anzeichen. Das ist nicht möglich. Wer trotzdem an diesen irrsinnigen Quoten festhält, ist ein Träumer.

Im Übrigen hilft die Staatsregierung damit auch den Landwirten nicht. Sie schadet ihnen sogar mit dieser Quotenregelung. Eine starre Quote schafft eben keine tragfähige Entwicklung in Betrieben. Das Entscheidende ist das Verhalten der Verbraucher beim Einkauf. Wer entgegen dem Verbraucherverhalten politischen Druck ausübt, der schadet der Landwirtschaft. Landwirtschaft lebt nicht von der Regulierung oder Fünf-Jahres-Plänen der CSU. Wir sind hier nicht in der DDR. Die AfD wird dafür sorgen, dass es nicht so kommt.

Viele Kunden schauen immer stärker auf den Preis. Bioprodukte haben ihren Platz am Markt. Das bestreitet niemand. Aber dieser Markt ist begrenzt. Er lässt sich nicht einfach per Gesetz, per Verordnung verdoppeln. Der Staat kann doch keine Nachfrage für die Kunden verordnen. Deswegen sollten wir aufhören, diese marktfremde Ideologie für die Landwirtschaft hier in Bayern zu verordnen. Das haben wir übrigens nur in Bayern.

Also: Unsere landwirtschaftlichen Betriebe müssen nicht ideologisch, sondern effizient arbeiten, weil sie unter einem extrem hohen Kostendruck stehen. Starre Quoten schwächen unsere Betriebe. Wir brauchen unsere landwirtschaftlichen Betriebe unbedingt, weil wir in Bayern regionale Lebensmittel erzeugen wollen und weil wir Bayern zuverlässig und eben mit heimischen Produkten ernähren wollen.

(Beifall bei der AfD)

Ökologische Produkte sind teuer. Was wäre die Folge, wenn wir das ökologische Segment immer mehr ausweiten würden? – Wir würden mehr Importe bekommen. Das ist einfach wirtschaftlich dumm und auch nicht nachhaltig, auch wegen der Trans-

portkosten. Wir müssen also an einer regionalen, marktnahen Versorgung festhalten und die Abhängigkeit vom Ausland vermeiden.

Ich fasse zusammen: Diese 30-Prozent-Quote muss aus dem Gesetz sofort gestrichen werden. Der Staat und die Bayerische Staatsregierung dürfen einfach keine weltfremde Landwirtschaftsideologie umzusetzen versuchen. Wir brauchen flexible, vernünftige und marktorientierte Regelungen. Darauf kommt es an. Staatliche Förderung muss sich an der Nachfrage, an der Wirtschaftlichkeit und an der Versorgungssicherheit orientieren, nicht an der Ideologie. Wer Naturschutz machen will, der muss das praxisorientiert machen, nicht mit symbolischen Quoten.

Jetzt möchte ich noch ein Beispiel aus der Praxis anführen. Das muss hier auch erwähnt werden. Die biologische Produktion, die wir auch hier in Bayern haben, ist ja in Ordnung. Das habe ich ausgeführt. Aber die braucht Produktionsstandards. Das darf aber keine ideologische Gesinnungskontrolle sein. Die Marke "Bioland" hat alle Verträge mit einem Landwirt gekündigt, weil er bei der Kommunalwahl für die AfD kandidiert hat. Das ist absolut inakzeptabel! Das ist ein echter Skandal!

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der CSU)

"Bioland" hat übrigens in internen Leitfäden darüber informiert, dass es Mitglieder der AfD nicht als Vereinsmitglieder aufnimmt.

(Petra Högl (CSU): Das bestimmt nicht der Landtag, sondern das bestimmt der Verband!)

Wenn sich jemand dort engagiert, dann wird die Vereinsmitgliedschaft gekündigt. Das zeige ich Ihnen anschließend. Ich habe diese Informationen. Schreien Sie nicht rein! Das können Sie gerne von mir bekommen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Leute, wir müssen doch froh sein, dass wir überhaupt Landwirte haben. Die können wir doch nicht in den Ruin treiben, auch nicht von Zertifizierungsgesellschaften, wie sie "Bioland" aufgebaut hat. Das ist nicht akzeptabel. Wir brauchen keine Gesinnungsschnüffelei bei den Landwirten. Das muss aufhören. – Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Nächster Redner ist der Abgeordnete Franc Dierl für die CSU-Fraktion. – Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Franc Dierl (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten heute in Zweiter Lesung über den Gesetzentwurf der AfD zur Streichung der 30-Prozent-Quote für den ökologischen Landbau im Bayerischen Naturschutzgesetz. Ich sage eines zu Beginn ganz klar: Dieser Gesetzentwurf bleibt auch nach der Ausschussberatung und nach Ihren Ausführungen, Herr Kollege Mannes, das, was er von Anfang an war: kurzfristig, rückwärtsgerichtet und ohne Perspektive für die Zukunft unserer Landwirtschaft und unserer Natur; denn er richtet sich gegen einen der wichtigsten gesellschaftlichen Konsense der letzten Jahre in diesem Staat in Bayern: gegen das Volksbegehren Artenvielfalt und das daraus entstandene Volksbegehren Plus.

Meine Damen und Herren, im Jahr 2019 haben 1,7 Millionen Bürgerinnen und Bürger dieses Volksbegehren unterschrieben. Das waren 18 % aller Wahlberechtigten. Das war kein Randthema, das war ein klarer gesellschaftlicher Auftrag. Dieser Auftrag lautete: Schützt unsere Natur, schützt unsere Artenvielfalt, aber tut es gemeinsam mit der Landwirtschaft und nicht gegen sie! Genau deshalb hat der Bayerische Landtag damals den Dreischritt beschlossen: annehmen, verbessern und versöhnen. Aus diesem Dreischritt ist das Volksbegehren Plus entstanden, ein gemeinsamer Gesellschaftsvertrag für mehr Artenschutz in Bayern.

Heute, sechs Jahre später, sehen wir: Dieser Weg funktioniert. Über 140 Maßnahmen wurden seitdem auf den Weg gebracht. Rund 80 % davon sind bereits umgesetzt oder befinden sich in der Umsetzung. Allein im Umweltbereich wurden über 100 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln für Biodiversität und Artenschutz bereitgestellt. Wir haben Gewässerrandstreifen geschaffen. Wir bauen einen Biotopverbund aus. Wir stärken Streuobstwiesen, Blühflächen und Heckenstrukturen. Das Ziel für den Biotopverbund von 10 % im Offenland wurde bereits erreicht. Bis 2030 sollen es mindestens 15 % sein. Lieber Herr Mannes, das ist keine Symbolmaßnahme; das ist konkrete, messbare Umweltpolitik.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, ein entscheidender Erfolgsfaktor dieses Weges ist unsere Landwirtschaft. Unsere Bäuerinnen und Bauern setzen die Maßnahmen mit großem Engagement um. Sie legen Blühflächen an, sie pflegen Kulturlandschaften, sie schützen Lebensräume, und sie tun das nicht aus Zwang, sondern weil sie ganz genau wissen: Artenschutz ist auch Zukunftsschutz für unsere Landwirtschaft.

Deshalb sagen wir ganz klar: Die Landwirtschaft ist nicht Teil des Problems, sie ist ein ganz zentraler Teil der Lösung. Wer versucht, Landwirte gegen den Naturschutz auszuspielen, löst keine Probleme; er schafft neue. Bayern ist heute bereits Vorreiter beim ökologischen Landbau in Deutschland. Über 420.000 Hektar landwirtschaftliche Flächen werden ökologisch bewirtschaftet. Rund 12.000 Betriebe arbeiten nach ökologischen Standards. Damit steht mehr als jeder dritte Ökobetrieb Deutschlands in Bayern. Diese Entwicklung kommt nicht von ungefähr.

Der Freistaat unterstützt den Ökolandbau jährlich mit rund 110 Millionen Euro, mit unseren Ökomodellregionen, mit dem Öko-Board Bayern und mit der Strategie "BioRegion 2030", die auf Regionalität, Vermarktung und Qualität setzt. Ja, der Anteil liegt derzeit bei etwa 15 %. Das Ziel von 30 % bis 2030 ist ambitioniert; das ist uns klar.

Aber ambitionierte Ziele sind nichts Schlechtes. Sie geben Orientierung, sie setzen Anreize, und sie schaffen Planungssicherheit.

Die AfD behauptet nun, dieses Ziel sei unrealistisch und müsse deshalb aus dem Gesetz gestrichen werden. Begründet wird das mit Inflation, verändertem Konsumverhalten und wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, niemand bestreitet, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen derzeit äußerst anspruchsvoll sind. Aber daraus die Konsequenz zu ziehen, langfristige Ziele aufzugeben, wäre genau der falsche Weg. Gerade die Krisen der letzten Jahre haben doch gezeigt, wie wichtig regionale und vor allem stabile Lebensmittelproduktion ist.

Pandemie, Energiepreise und geopolitische Konflikte – wir erleben es gerade wieder ganz deutlich – haben uns vor Augen geführt und führen uns drastisch vor Augen, wie verletzlich globale Lieferketten sein können. Wer jetzt unsere eigenen Ambitionen bei nachhaltiger Landwirtschaft reduzieren will, riskiert am Ende genau das Gegenteil dessen, was er behauptet erreichen zu wollen: mehr Abhängigkeit von Importen, mehr Druck auf Umweltressourcen, weniger regionale Wertschöpfung. Das kann nicht unser Ziel sein.

Natürlich müssen wir realistisch bleiben. Natürlich müssen wir ganz genau hinschauen, wie sich Markt-, Nachfrage- und Produktionsbedingungen entwickeln. Aber Realismus bedeutet doch nicht, Ziele einfach zu streichen. Realismus bedeutet, gemeinsam Lösungen zu entwickeln, mit Landwirten, mit der Wissenschaft und der Forschung, mit Naturschutz und Wirtschaft. Genau deshalb setzen wir weiterhin auf den Ansatz des Volksbegehrens Plus: fördern und fordern. Wir unterstützen die Betriebe, wir investieren in Beratung, Forschung und Ausbildung. Der ökologische Landbau ist inzwischen auch stärker in den Lehrplänen der landwirtschaftlichen Schulen verankert. Das zeigt: Wir denken landwirtschaftlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Verantwortung für Natur und Landwirtschaft, der Schutz der Artenvielfalt ist keine ideologische Frage. Er ist eine Frage der Verant-

wortung. Unsere Böden, unsere Gewässer und unsere Kulturlandschaft sind Grundlage unserer Landwirtschaft und unseres Wohlstandes. Wenn Arten verschwinden, wenn Böden erodieren, wenn Ökosysteme aus dem Gleichgewicht geraten, dann hat das am Ende auch wirtschaftliche Folgen. Naturschutz und Landwirtschaft stehen deshalb nicht im Gegensatz, sie gehören unabdingbar zusammen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Volksbegehren Plus war ein historischer Moment für Bayern: ein Moment, in dem Gesellschaft, Landwirtschaft, Naturschutz und Politik zusammengekommen sind. Ein gemeinsamer Vertrag für mehr Artenvielfalt – dieser Weg hat sich bewährt, und wir werden ihn ganz gewiss weitergehen.

Der Gesetzentwurf der AfD stellt diesen Konsens in Frage. Er würde einen ganz wichtigen Baustein dieses Ansatzes einfach aus dem Gesetz streichen. Das ist weder notwendig noch sinnvoll. Deshalb lehnt die CSU-Fraktion diesen Gesetzentwurf in dieser Form komplett ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön. Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Für die erste hat der Abgeordnete Gerd Mannes von der AfD-Fraktion das Wort.

**Gerd Mannes (AfD):** Herr Dierl, danke für die Ausführungen. Sie haben jetzt den Schutz der Natur in den Vordergrund gestellt und gesagt, Sie hätten dafür 100 Millionen Euro bereitgestellt. – Das ist sicherlich ehrenwert, nur haben Sie nicht auf den Gesetzentwurf reagiert. Wir haben gesagt: Sie produzieren planwirtschaftlich am Markt vorbei, und das hat keinen Sinn. Ich sage Ihnen auch, warum: Sie setzen sich auf die eine oder andere Weise dafür ein, dass landwirtschaftliche Produkte aus Argentinien und Brasilien zu uns kommen, und für das Mercosur-Abkommen. Sie setzen sich dafür ein, dass aus der Ukraine Lebensmittel kommen, und diese sind viel günstiger. Es ist doch klar, dass es am Markt vorbei ist, wenn man die Öko-Quote erhöht, weil

das Lebensmittel zu teuer ist. Warum kommt es denn aus der Ukraine? – Weil es günstiger ist. Also, erklären Sie mir noch einmal, warum Sie mit Ihrem Gesetz am Markt vorbeiproduzieren wollen. Sie ruinieren damit die Landwirte; nichts anderes tun Sie.

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Bitte schön.

**Franc Dierl (CSU):** Sehr geehrter Herr Mannes, Sie haben es immer noch nicht begriffen. Unsere Natur ist endlich. Wir hier in Deutschland müssen gerade in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft unsere Natur schützen. Das habe ich eben ausgeführt; wenn Sie gut zugehört hätten, dann hätten Sie es gemerkt. Wir können die Natur nicht verbrauchen, sondern wir müssen sie gebrauchen, damit die Generationen nach uns auch noch etwas von ihr vorfinden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das ist doch der Grundsatz und die Aufgabe, die wir als Politiker haben: zu bewahren und zu schützen für die nächsten Generationen, Herr Mannes.

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön. – Für die nächste Zwischenbemerkung hat die Kollegin Mia Goller für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Mia Goller (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Dierl, ich bin ein großer Fan von Ihren Reden, wenn es um den Ökolandbau geht. Vielen Dank dafür.

Jetzt habe ich noch eine andere Frage: Der Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer von der CSU hat vor ein paar Tagen angekündigt, dass er 150 Millionen Euro im aktuellen Agrarhaushalt aus der GAK, der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und Küstenschutz, kürzen möchte. Genau das würde dann das bayेरische KULAP, Umweltschutzmaßnahmen, Klimaschutzmaßnahmen und auch alles, was den biologischen Ausbau angeht, betreffen. Man muss dazusagen, Herr Bundeslandwirtschaftsminister Rainer hat die Entscheidung bezüglich der Kürzungen auf die Zeit nach der Wahl vertagt. Die Debatte ist also aufgehoben.

(Alexander Flierl (CSU): Nein!)

Wir wissen aber nicht genau, ob die Kürzung des Agrarhaushalts vom Tisch ist. Mich würde die Position der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag diesbezüglich interessieren.

(Alexander Flierl (CSU): Lesen Sie einmal in der Presse, dort steht es!)

**Franc Dierl (CSU):** Liebe Frau Goller, Sie müssen schon genau hinsehen. Ich weiß nicht, woher Sie diese Informationen nehmen, vielleicht aus der Boulevardpresse oder irgendwo aus dem Internet. Schauen Sie doch bitte einmal genau nach, wie sich der Bundeslandwirtschaftsminister positioniert hat, wie die Presseerklärung lautet. Wir können darüber diskutieren, wenn wir über Fakten sprechen, nicht über irgendwelche Spekulationen.

(Beifall bei der CSU – Mia Goller (GRÜNE): Ich habe seinen Brief gelesen!)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Mia Goller für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte, Sie haben das Wort.

**Mia Goller (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber wenn ich mir den Antrag der AfD durchlese, stellt sich mir die Frage, was die AfD eigentlich kann.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Offenbar ist das Einzige, was die AfD traurigerweise kann, zerstören, zerstören, zerstören. Mit dieser Zerstörungswut ist jetzt anscheinend die bayerische Landwirtschaft dran.

(Gerd Mannes (AfD): Ihr macht doch alles kaputt! – Zurufe von der AfD)

– Das Hineinschreien ist völlig irrelevant; denn ich höre nicht darauf, vielen Dank. – Ich kann hier und heute sagen: Das lassen die bayerischen GRÜNEN nicht zu; denn wir passen auf Bayern auf.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Wir passen auf unsere Natur, die Landwirtschaft und die bayerischen Betriebe auf.

(Zuruf von der AfD)

Wie ich in der Ersten Lesung zum Gesetzentwurf schon gesagt habe, ist der ökologische Landbau eine Erfolgsgeschichte der bayerischen Landwirtschaft. Die aktuellen Zahlen zeigen dies auch ganz deutlich. Die Nachfrage nach Bio wächst weiterhin stark, stärker als der gesamte Lebensmittelmarkt. Gleichzeitig sagen die Branchenverbände ganz klar: Die Nachfrage nach Bio übersteigt inzwischen das heimische Angebot. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diesbezüglich müssen wir tätig werden. Unsere Bäuerinnen und Bauern können mehr Bio produzieren, wenn die Rahmenbedingungen passen. Dafür sind wir da. Das muss die Politik hier im Hohen Hause regeln. Deshalb ist das Ziel von 30 % Ökolandbau bis 2030 so wichtig. Das schafft Planungssicherheit für die Betriebe, stärkt die Wertschöpfungsketten und sorgt dafür, dass wir hier in Bayern, wenn wir Bio essen, auch Bio aus Bayern auf dem Tisch haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der AfD)

Herr Mannes von der AfD, ich finde es unerhört, wie Sie ständig auf das Volksbegehren "Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern – Rettet die Bienen" losgehen und es ständig infrage stellen. 1,7 Millionen Menschen in Bayern haben es unterschrieben. Das ist der Wille von 1,7 Millionen Bayerinnen und Bayern.

(Zuruf von der AfD)

Ich höre vonseiten der AfD immer, dass der Bürgerwille so wichtig ist. Diesen Bürgerwillen torpedieren Sie in einer Tour. Es geht ständig darum, dass das Volksbegehren nicht richtig war. Aber die Bayerinnen und Bayern haben sich intensiv damit beschäftigt und gemeinsam einen Beschluss gefasst. Das ist der Wille des Volkes. Warum sägen Sie ständig am Willen des Volkes? – Das ist wirklich unerträglich.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Weil uns Bio in Bayern so wichtig ist, haben die GRÜNEN einige Änderungsanträge zum Doppelhaushalt 2026/2027 gestellt. Die geplanten Einsparungen der CSU beim Ökoausbau halten wir für nicht richtig. Auch diesbezüglich passen die bayerischen GRÜNEN auf Bayern auf.

(Zuruf von der AfD: Ja, ja!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die GRÜNEN lehnen diesen Gesetzentwurf natürlich auch in der Zweiten Lesung mit Freude ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu hat Herr Abgeordneter Gerd Mannes von der AfD-Fraktion das Wort.

**Gerd Mannes (AfD):** Frau Goller, Sie haben gesagt, die AfD würde die Landwirtschaft zerstören. Das ist natürlich falsch. Das schaffen die GRÜNEN auch ohne die AfD. Wir wollen die Landwirtschaft retten.

Zum Volksbegehren "Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern – Rettet die Bienen" möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen: Die Staatsregierung war zu feige, eine Abstimmung zu diesem Thema durchzuführen. Es haben nur 1,7 Millionen Menschen unterschrieben.

(Zuruf von der CSU: Doch, doch! – Zuruf des Abgeordneten Alexander Flierl (CSU))

Sie sorgen mit Ihrer Totbürokratisierung für das Ende der Landwirtschaft.

Aber meine Frage ist eine andere: Sie haben gesagt, Bio ist ganz toll, und es gibt dafür eine Nachfrage. Erklären Sie mir einmal, warum das Unternehmen "Bioland" die Existenz von Bauern zerstört, die sich kommunalpolitisch für die AfD engagieren. Das ist Fakt. Ein AfD-Kandidat, der bei der Marke "Bioland" vertrieben hat, wurde einfach gekündigt.

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Sie haben eine Minute für die Zwischenfrage.

**Gerd Mannes (AfD):** Was halten Sie von dieser Gesinnungsschnüffelei?

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Bitte, Frau Kollegin.

**Mia Goller (GRÜNE):** Mir ist der Fall nicht bekannt. Ich bin auch nicht die Sprecherin von "Bioland" oder für einen anderen Verband. Ein Verein kann sich seine Mitglieder aussuchen. Ich hoffe stark, dass ich auch nicht Mitglied der AfD sein darf.

(Zurufe von der AfD)

Herr Mannes, eigentlich geht es darum, dass Sie das ganze Konzept Bio in Bayern noch nicht verstanden haben. Sie plärren immer, dass das so schlecht für die Bauern ist und wir Importe haben, weil wir 30 % der Fläche in Zukunft auf Biolandwirtschaft umstellen wollen. Das ist in sich einfach nicht schlüssig und ein Schmarren. Ich würde sogar sagen, das ist Schafmist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Marina Jakob für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte, Sie haben das Wort.

**Marina Jakob (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe es schon des Öfteren im Hohen Hause gesagt und werde nicht müde, es zu wiederholen: Die AfD hat mit ihrer Argumentation mal wieder gezeigt, dass sie keine Ahnung von der aktiven Landwirtschaft in Bayern hat und sich nicht auskennt.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Ich möchte Ihre Argumente widerlegen, weil sie einfach falsch sind.

Erstens. Sie haben gerade von dem armen Biolandwirt gesprochen, der gekündigt worden ist. Wenn man im Bereich des Tierwohls die "Bioland"-Richtlinie nicht einhält, wird man gekündigt. Das ist ganz normal und gang und gäbe, wenn man sich nicht an Recht und Gesetz hält. Das hat nichts mit seinem kommunalpolitischen Engagement für die AfD zu tun. Ich bin sicher, es gibt bayernweit viele andere Biolandwirte, die sich leider kommunalpolitisch für die AfD engagieren und denen nicht gekündigt wurde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

Zweitens. Sie sind doch immer diejenigen, die sagen, man darf den Menschen nichts verbieten. Jetzt wollen Sie ihnen die Bioprodukte verbieten. Jeder kann selbst entscheiden, welche Produkte er einkauft. Wir bevorzugen regionale Produkte, ich unterstütze das sehr, aber jeder darf das frei entscheiden, auch wenn es die Biokartoffel aus Afrika oder ein anderes Produkt aus Australien ist.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Meußgeier (AfD))

Drittens. Sie sagen, dass die Nachfrage nach Bioprodukten nicht da ist. Das ist komplett verkehrt. Im Jahr 2025 ist die Nachfrage bundesweit um 10 % gestiegen. Teilweise können nicht genügend Produkte hergestellt werden. Man muss unterscheiden, um welche Art von Produkten es geht. Gerade bei Gemüse und Obst gibt es ein massives Defizit. Wir können klimabedingt nicht alles bei uns produzieren und müssen viel importieren. Die Nachfrage ist definitiv da.

Viertens. Sie haben gesagt, Bayern ist das einzige Bundesland, das dieses Flächenziel festgelegt hat. Wir würden es uns wünschen, dass 30 % der Fläche ökologisch bewirtschaftet werden. Wir schreiben es aber niemandem vor. Wir schreiben einem Landwirt nicht vor, ökologische Landwirtschaft zu betreiben. Es gibt keine Nachteile für einen Landwirt, der weiterhin bei konventioneller Landwirtschaft bleiben möchte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Auch andere Bundesländer haben dieses Ziel verankert. Die Biolandwirtschaft, die ökologische Landwirtschaft, ist einfach besser für den Artenschutz und für die Biodiversität. Aber wir brauchen beides. Wir brauchen biologische und konventionelle Landwirtschaft. Jeder Landwirt kann frei entscheiden, wie er produzieren möchte. Man kann und darf es ihm nicht vorschreiben. Die bestehende Förderung soll bestimmte Nachteile ausgleichen. Das ist auch gut so; denn man leistet dadurch einen Beitrag für die Gesellschaft, für den Artenschutz und die Biodiversität.

Zusammengefasst lässt sich sagen: Sie haben keine Ahnung von Landwirtschaft. Sie denken immer noch, den Landwirten wird vorgeschrieben, was sie zu tun haben. Ja, es gibt zu viel Bürokratie. Daran arbeiten wir. Aber die restlichen Argumente, die Sie von sich gegeben haben, waren vollkommener Unsinn. – Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD –  
Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Frau Kollegin, zu einer Zwischenbemerkung hat nun Herr Kollege Martin Huber von der AfD-Fraktion das Wort.

**Martin Huber (AfD):** Werte Kollegin, Sie haben gerade behauptet, wir wollen die Biobauern verbieten. – So ein Krampf!

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Nein, das hat sie nicht gesagt!)

Wir wollen, dass der Markt das regelt. Wir wollen niemandem Vorschriften machen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Das hat sie nicht gesagt!)

Es wurde gerade gesagt, dass wir die Natur schützen müssen. Heißt das dann im Gegenzug, dass die konventionelle Landwirtschaft die Natur nicht schützt? – Sie spielen Biobauern gegen Bauern aus, die konventionelle Landwirtschaft betreiben.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Das hat sie doch nicht gesagt!)

Der konventionelle Bauer schützt die Natur genauso. Der Markt, der Preis, regelt das doch. Wenn der Bedarf da ist, gibt es automatisch mehr Biobauern. Aber Sie behaupten, dass wir Biobauern verbieten werden. Liebe Kollegen, Sie müssen schon auf dem Teppich bleiben. Das stimmt sicher nicht.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Das hat sie nicht gesagt! So ein Schmarrn!)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Bitte, Frau Kollegin.

**Marina Jakob (FREIE WÄHLER):** Hören Sie nicht, wie Sie sich selbst widersprechen? – Sie fordern immer, dass wir uns mehr für den Artenschutz einsetzen. Gerade wenn es um Windkraft geht, sagen Sie: Wir brauchen Artenschutz. Sie sagen immer: Artenschutz ist das Wichtigste, und deswegen müssen wir vorangehen. – Jetzt wird mit der Biolandwirtschaft Artenschutz gefördert. Dieser Artenschutz wird finanziell ausgeglichen, weil ein konventioneller Landwirt natürlich ganz anders wirtschaften kann als ein ökologischer Landwirt. Ein ökologischer Landwirt kommt nie auf die Produktions-

menge, die er erreichen könnte. Dieses Defizit gleichen wir zum Teil aus. Er hat zwar einerseits höhere Markterlöse, andererseits werden ihm aber diejenigen Erlöse, die er am Markt wegen des nachhaltigen Wirtschaftens nicht erzielen kann, ausgeglichen, nichts anderes.

Wir brauchen beides, konventionell und ökologisch; aber jedem ist es freigestellt, welche Wirtschaftsform er nutzt und welche er betreiben möchte. Das ist jedem Landwirt selbst überlassen. Wir brauchen niemandem etwas vorschreiben. Die 30 % sind eine Zielvorgabe, die wir haben. Wenn es nicht so ist, dann deshalb, weil wir es keinem Landwirt dieses Bundeslandes vorschreiben, wie er zu wirtschaften hat. Sie wollen das anscheinend schon.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zustimmung bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Frau Kollegin. – Die nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Ruth Müller. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

**Ruth Müller (SPD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Seit der letzten Lesung hat sich an der Sachlage nichts geändert. Deshalb fällt unser Urteil unverändert klar aus: Der Gesetzentwurf der AfD ist und bleibt ein Angriff auf den Naturschutz in Bayern und ist daher Quatsch. Sie wollen die 30-Prozent-Quote für den ökologischen Landbau streichen. Damit stellen Sie sich nicht nur gegen eine zentrale Zielsetzung der bayerischen Landwirtschaftspolitik, Sie stellen sich auch gegen den klaren Willen der Bevölkerung.

Mehr als 1,7 Millionen Menschen haben im Volksbegehren "Rettet die Bienen!" unterschrieben. Dieses Signal war eindeutig. Die Menschen in Bayern wollen mehr Artenvielfalt, mehr Naturschutz und eine Landwirtschaft, die langfristig trägt. Die 30-Prozent-Quote ist dabei kein Selbstzweck. Sie gilt eher als Orientierung für den Weg, den wir gemeinsam gehen müssen, für gesunde Böden, für mehr Biodiversität und für eine Landwirtschaft, die auch in Zukunft wirtschaftlich bestehen kann.

Viele Bäuerinnen und Bauern machen sich längst auf diesen Weg. Sie investieren, sie stellen um, sie bauen regionale Wertschöpfung auf. Wer wie Sie dieses Ziel einfach streichen will, sendet vor allem ein Signal der Verunsicherung an diejenigen, die Verantwortung übernehmen oder übernommen haben. Politik sollte nicht darin bestehen, Ziele nur deswegen einzukassieren, weil sie anspruchsvoll sind. Politik bedeutet, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass diese Ziele erreicht werden können. Dies geschieht durch faire Preise, durch stärkere regionale Vermarktung und durch mehr Bio in öffentlichen Küchen und Kantinen. Und genau diesen Weg wollen wir als SPD weitergehen. Deshalb sage ich für meine Fraktion ganz klar: Wir lehnen diesen Gesetzentwurf natürlich ab, weil wir Verantwortung tragen für unsere Landwirtschaft, für die Artenvielfalt in Bayern und für die kommenden Generationen.

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Frau Kollegin, mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dafür erteile ich Herrn Abgeordneten Josef Lausch von der Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte.

**Josef Lausch (FREIE WÄHLER):** Frau Müller, ähnlich wie die Kollegin Goller haben Sie schon ein paarmal das Bienen-Volksbegehren mit 1,7 Millionen Unterschriften zitiert. Dazu eine einfache Frage: Sind Sie sich sicher, dass die 1,7 Millionen Bürgerinnen und Bürger nicht einem Etikettenschwindel aufgesessen sind?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zurufe von der AfD: Oh! Oh!)

**Ruth Müller (SPD):** Damit unterstellen Sie 1,7 Millionen Menschen, dass sie zu doof waren zu verstehen, was sie unterschrieben haben. Das weise ich ausdrücklich zurück.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Frau Kollegin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz emp-

fiehl den Gesetzentwurf zur Ablehnung. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt ebenfalls Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/8538 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Gesetzentwurf abgelehnt.